„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Eoginn,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Unser letzter Appell

Auf der ersten Seite führen wir unseren werten Lesern einige charakteristische Aussprüche des Führers der Konservativen von Saskatchewan, des Herrn Dr. J. T. M. Anderson, zu Gemüte. Ganz aus dem konservativen Kriegsgeist heraus geboren, liefert das Buch „Die Erziehung des Neucanadiers" einen schlagenden Beweis für die „heiße Liebe", mit der wir „Foreigners" von den Tories beglückt werden sollen, wenn die Opposition in Saskatchewan am 2. Juni siegen würde. Wenn man all die schmeichelhaften Bemerkungen liest, die uns Herr Dr. Anderson mit dem harmlosesten Gesicht von der Welt an den Kopf schleudert, wenn man liest von unserer Unfähigkeit zu echtem canadischem Bürgersinn, von unserer mangelnden Schulbildung, von unserer Mißachtung gegenüber den Gesetzen, von der Versklavung unserer Frauen, wenn man die Angriffe auf die fremdgeborenen Geistlichen und Lehrer beachtet, dann muß man unwillkürlich in den Ruf ausbrechen: „Gott bewahre uns vor unseren Freunden!" Wenn diese Herrschaften in Saskatchewan das Staatsruder an sich reißen und den Dr. Anderson zum Premier unserer Provinz proklamieren würden, dann wehe uns armen Schluckern!

Trotz alledem haben wir aber Grund genug, dem konservativen Führer herzlich dankbar zu sein. Da könnte vielleicht mancher fragen: „Ist denn der „Courier" auch schon unter die Leute der Opposition gegangen?" Nur Geduld! Wir sind nämlich dem Herrn Dr. Anderson dafür so herzlichen Dank schuldig, daß er uns durch sein Buch einen tiefen Blick in das Kämmerlein seines edlen Herzens und zugleich auch der Herzen seiner Gesinnungsfreunde und seiner Mitläufer tun ließ. Das ist doch gewiß des Dankes wert. Denn nun wissen wir, wo wir stehen und welch wonnevollen Zeiten uns die Oppositionsparteien mit Dr. Anderson „neucanadischen" Ideen entgegenführen wollen. Oder zweifelt noch jemand daran? Nun wissen wir, was unter dem Schlagwort „It is time for a change" zu verstehen ist. Oder begreifen manche immer noch nicht, wohin die Reise geht? Nun wissen wir, was wir von jenen Pharisäern zu halten haben, die, mit Schafskleidern angetan, in der Provinz in den letzten Wochen landauf landab zogen und unter Heuchelei ihre reißende Wolfsnatur verbargen, um einige Schäflein zu ködern. Oder gibt es immer noch solche, die mit einem Brett vor dem Kopf zur Wahlurne schreiten? Hatten wir nicht recht, als wir in unserem Editorialartikel in der letzten Couriernummer erklärten, den Konservativen sei alles zuzutrauen, sogar daß sie uns den Gebrauch der Muttersprache in Oeffentlichkeit und Kirche verbieten würden? Jene, die 1917 auf der Konvention der Schulvorstände in Saskatoon die deutsche Muttersprache aus den Schulen der deutschen Distrikte verbannt haben, sind auch unter Umständen fähig, noch einen Schritt weiter zu gehen. Denn ihr britischer Rassenfanatismus kennt keine Grenzen. Alles, was sie brauchen, ist die Eroberung der politischen Macht. Ist diese steile Höhe erklommen, so liegt der Weg zu weiteren Zielen frei vor ihnen. Und wir „Foreigners" sollen so gutmütig sein, ihnen noch die Steigbügel zum Regierungsgaul zu halten, damit sie nachher die Peitsche über uns schwingen können? Kann man sich eine lächerlichere Zumutung an uns Fremdgeborene denken? Sollen wir unser eigenes Fleisch und Blut verraten und verkaufen? Es führen wohl Spuren in die Höhle des Löwen hinein, aber keine heraus.

Bedauerlich nur, daß auch die Progressiven sich an diesem Provinzialwahlkampf in das Schlepptau der Konservativen nehmen ließen, obwohl die alten Tories mit ihren höchstliegenden Schutzzollplänen für die Farmer des Westens nicht das geringste Verständnis haben!

Der „Courier" hat schon in seiner vorletzten Nummer in einem Artikel, der allerwärts Beachtung und Aufsehen erregte, seine Stellung als parteipolitisch unabhängiges und führendes Organ der Deutschcanadier aus Anlaß der bevorstehenden Wahl deutlich genug klargelegt. Wir haben von unseren damaligen Erklärungen keinen Punkt zu streichen. Denn durch verschiedene Beobachtungen im bisherigen Wahlkampf sind wir in unserer Haltung sogar noch bestärkt worden. Wenn wir in dem erwähnten Artikel „Der Courier und die kommenden Provinzialwahlen" die Unterstützung der liberalen Partei und der Regierung Dunning empfahlen, so nur deswegen, weil die anderen Parteien für unsere deutschcanadischen Interessen wertlos sind oder ihnen sogar feindselig gegenüberstehen, wie aus dem Buche des Herrn Dr. Anderson unzweifelhaft hervorgeht. Wir dürfen hingegen von den Liberalen, die schon seit zwei Jahrzehnten sich der Freundschaft der deutschsprechenden Kreise erfreuen, mit Fug und Recht erwarten, daß sie unseren nur allzu berechtigten Wünschen und Forderungen nach besserer Berücksichtigung im öffentlichen Leben der Provinz in vollem Maße Rechnung tragen. Wenn wir die Fußtritte von konservativer Seite schärfstens verurteilen und dagegen protestieren, so genügt uns das nicht. Denn wir haben neben der Kritik an unseren Gegnern auch noch positive Ziele, deren Verwirklichung Sache der liberalen Kandidaten in der kommenden Legislatur sein muß. Der einfache Hinweis darauf sollte genügen. In den letzten Monaten sind im „Courier" zahlreiche Stimmen aus unserem Leserkreis zu Worte gekommen, die jedem einsichtigen Politiker sagen müßten, daß das Interesse für unsere Rechte noch sehr lebendig ist und daß man statt schöner Worte sichtbare Beweise des Wohlwollens für die nationalen Minderheiten in Canada erwartet. Angesichts einer solchen Stimmung in den Reihen unserer deutschsprechenden Volksgenossen würden wir uns eines Verrates an unserer Sache schuldig machen, wenn wir uns bedingungslos irgend einer Partei in die Arme werfen würden.

Außerdem sind wir aber auch nicht blind gegenüber den Leistungen, auf welche die Dunning-Regierung hinweisen kann. Es ist bequem und billig, aus dem Hinterhalt giftige Pfeile der Kritik auf Männer abzuschießen, die unter einer keineswegs rosigen Wirtschaftslage das Schiff der Provinz jahrelang zu leiten hatten. Es ist geradezu frivol, dieselben Männer nun für alles und jedes, das dem einen oder anderen nicht in den Kram paßt, verantwortlich zu machen. Denn allmächtig ist nicht einmal die beste Regierung. Auch die berechtigte Kritik hat ihre Grenzen. Kann man aber eine Kritik noch als berechtigt gelten lassen, die zwar den Wählern einen Wust von Zahlen vorsetzt, aber dabei andere Zahlen, die ebenso wichtig zur Beurteilung der Finanzlage der Provinz sind, einfach verschweigt? Was hat es für einen Sinn, den Wählern hinkende Vergleiche zwischen 1905 und 1925 vorzusetzen? Warum sagt man nicht auch, wie sich die Bevölkerung in den letzten 20 Jahren in Saskatchewan vermehrte und was zu Gunsten dieser Bevölkerung an Straßen, Sanatorien, Schulen, Gefängnissen usw., sowie zur Unterstützung kooperativer Unternehmungen geschaffen worden ist? Wer sich nicht den Vorwurf der Unehrlichkeit zuziehen will, darf nicht mit Halbheiten und Verdrehungen der Tatsachen aufwarten, sondern muß dem Volke die volle Wahrheit, ob sie den persönlichen Interessen angenehm ist oder nicht, unterbreiten. Wenn das aber geschieht, dann brauchen die Dunningregierung und die liberale Partei nicht das Sonnenlicht der Oeffentlichkeit zu scheuen, sondern dürfen auf die Vernunft der Bürger vertrauen.

Unter Berücksichtigung dieser Vergangenheit der liberalen Verwaltung und in zuversichtlicher Hoffnung auf die Berücksichtigung unserer Forderungen in der nächsten Zukunft erlassen wir den Appell an unsere Leser, jenen Kandidaten ihre Stimmen zukommen zu lassen, die wir als ehrliche Freunde unserer Sache betrachten dürfen. Wer auf unsere Uneinigkeit und unsere Kurzsichtigkeit rechnen will, soll am 2. Juni eine kräftige Enttäuschung erleben.

Weltumschau

Deutschland

Der zweite Sturmlauf der Sozialisten gegen die Lage, wie sie durch Zusammenschluß der Rechten und der rechten Mitte und durch die Erwählung des Feldmarschalls von Hindenburg geschaffen worden ist, ist abgeschlagen worden. Der erste hatte sich gegen die Rechtsgiltigkeit der Erwählung gewandt. Die zweite Niederlage der Sozialisten erfolgte im Reichstag.

Ihr Antrag, der Regierung ein Mißtrauensvotum zu erteilen, wurde abgelehnt. Die Chancen der Annahme waren durch den großen Erfolg der Rede des Außenministers Dr. Stresemann wesentlich vermindert worden. Die Antragsteller hüteten sich denn auch, auf diese Rede zurückzugreifen. Hatten sich doch ihre eigenen Organe selbst zur Zustimmung und Anerkennung der Darlegung der internationalen Lage seitens des Ausländsministers veranlaßt gesehen und hatte einer der Führer der Opposition, der sozialdemokratischen Partei, Dr. Rudolf Breitscheid, dem Minister eine goldene Brücke zur Rückkehr in das linke Lager gebaut.

Mit der Stresemann-Rede war für einen Mißtrauens-Antrag also nichts zu machen. Die Gelegenheit zu einem solchen bot die neue Zollgesetzgebung, die die Regierung beabsichtigt. Diese Gesetzgebung stößt auch in anderen Kreisen auf Widerstand. Es wird geltend gemacht, daß gerade von deutscher Seite die Schädlichkeit der Errichtung von Zollgrenzen, als einer Hinderung des freien Handelsverkehrs, auch der ungestörten Auswirkung der deutschen wirtschaftlichen Kräfte, betont worden ist. Es wird auf den Eindruck hingewiesen, den die Zollerhöhungen gerade auf Amerika, dessen Beihilfe Deutschland dringend notwendig habe, machen müsse.

Die Zahl der Selbstmorde in der deutschen Armee während des Rechnungsjahres 1923—24 betrug 100. Die Behörden, welche der Ursache dieser Erscheinung nachforschten, sind der Ansicht, daß die durch den Friedensvertrag von Versailles festgesetzte Dienstzeit von 12 Jahren die Schuld daran trage. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Soldaten, wenn sie einmal vier bis fünf Jahre Dienst getan haben und keinerlei Aussicht auf Beförderung haben, schwermütig werden. Die Zahl der Offiziere untergeordneten Ranges ist natürlich beschränkt und die Soldaten, die bei der Beförderung und bei Besetzung von derartigen vakant werdenden Stellungen übergangen werden, sehen acht oder mehr Jahre Plackerei und Schererei vor sich. Auf der anderen Seite werden Soldaten, die 12 Jahre im Dienste aushalten, bei Besetzung von vakanten Zivildienststellen bevorzugt, was einer Versorgung derselben in ihrem späteren Leben gleichkommt.

Adolf Hitler, der frühere Führer der Faszisten in Bayern und Urheber des „Bierkeller-Putsches" in München vor zwei Jahren, ist nunmehr, nachdem ihm die österreichische Regierung das Bürgerrecht entzogen, ein Mann ohne Vaterland geworden. Die bayerische Regierung hat sich geweigert, ihm das Bürgerrecht zu verleihen und Hitler dürfte sich nun wahrscheinlich an das Reich wenden.

Graf von Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, erklärte im Reichstag, die Diskussionen über die Völkerliga hätten in Deutschland zu große Hoffnungen geweckt. Dieses habe seinen Grund in der Tatsache, daß in Deutschland der Liga der Name „Völkerbund" gegeben worden sei, was eine Föderation der Völker zu bedeuten habe, während im Auslayd die Liga nur als eine „Gesellschaft der Regierungen" betrachtet werde.

Der Graf machte geltend, Deutschlands Eintritt in die Völkerliga würde einen ungeheuren Vorteil mit sich bringen, da „Deutschland dagegen sein müsse, wann immer seine Interessen zur Sprache gebracht würden."

„Auch die Kampagne gegen die Kriegsschuldlüge", fuhr der Redner fort, „sollte ein entscheidender Faktor sein. Wir müssen kategorisch erklären, daß dieses einer der wichtigsten Gründe unseres Eintritts ist. Der Artikel 19 des Ligastatuts, der die Liga ermächtigt, bestehende Uebereinkommen abzuändern, gilt immer noch. Es könnte möglich sein, daß wir durch unseren Eintritt in die Liga das Mandat über unsere früheren Kolonien erlangen, auch ist eine deutsch-österreichische Föderation mit der Sanktion der übrigen Nationen möglich. Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa breitet sich in rapider Weise aus, weil die europäischen Nationen sich der Tatsache nicht entziehen können, daß ein solcher Bund ein Mittel der Selbsterhaltung gegen die wirtschaftliche Suprematie Amerikas darstellen würde."

Graf Bernstorff pflichtete der Ansicht des Grafen Westarp bei, die Auslassungen im Reichstag gegen die Nichträumung der Kölner Zone seien vollständig ungenügend. Er erklärte weiter, Amerikas Interesse an europäischen Angelegenheiten und an der Pazifizierung Europas sei im Wachsen begriffen und rief dann zum Schluß: „Wir bedürfen der amerikanischen Hilfe!"

Oesterreich.

Als Höhepunkt der Rheinlandfeier in Wien fand am 3. Mai ein Festakt statt, der durch die glänzende Ausstattung des bis auf den letzten Platz gefüllten Festraumes, des großen Musikvereinssaales, und durch den feierlichen Aufmarsch der Ehrgäste der studentischen Körperschaften sowie zahlreicher Vereine mit Fahnen und Standarten einen besonders wirkungsvollen äußeren Rahmen erhielt. In den Logen hatten viele Ehrengäste, darunter Gesandtschaftsrat v. Scharfenberg mit mehreren Herren der deutschen Gesandschaft, Platz genommen. Einer musikalischen Einleitung durch Orgel und Bläserchor folgte die Festrede des Vizekanzlers Vaber, der sich eine Reihe von Ansprachen und Erklärungen von Vertretern der politischen Parteien und der Stände Wiens anschlossen, die sämtlich in ihrer Huldigung für das Rheinland als die deutsche Westmark dem Gedanken des Wiederanschlusses Oesterreichs als der Ostmark an Deutschland unter begeisterter allgemeiner Zustimmung eindringlichen Ausdruck verliehen. In seiner Rede erklärte Vizekanzler Vaber nach einem Rückblick auf die geschichtliche und kulturelle Bedeutung des Rheinlandes für Deutschland im Westen unter Hinweis auf die historische Aufgabe Deutsch Oesterreichs im Osten, daß nur der Anschluß an ein großes einheitliches deutsches Wirtschaftsgebiet die Entwicklung des deutschen Volkes in Oesterreich fordern könne. Bundesrat Dr. Hugelmann legte namens Tausender christlichsozialer Parteigenossen ein Bekenntnis der Angehörigkeit Deutsch-Oesterreichs zum Deutschen Reiche ab und betonte, daß die nationale Sache über allen Parteigegensätzen stehen müsse, in alles beherrschender Liebe zum deutschen Volke und zum deutschen Vaterlande. Im gleichen Sinne sprach der Führer der Deutschnationalen Partei, Staatsrat Karl Hermann Wolf. Der Obmann der Großdeutschen Volkspartei Dr. Wotawa verlas eine Erklärung seiner Partei. Für den Landbund gab Abgeordneter Dr. Schönbauer dem Gedanken Ausdruck, daß Deutsch-Oesterreichs Schicksal mit dem des deutschen Vaterlandes aufs innigste verknüpft sei. Der Vertreter der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Schulz erklärte, daß tief im Herzen des deutschen Arbeiters der nationale Gedanke wurzele. Für den Rektor der Universität versicherte Professor Pollolini, daß die Hochschulen Oesterreichs sich die Aufgabe gestellt hätten, den Anschluß durch Arbeit und Pflege deutscher Wissenschaft und deutschen Geistes an den Hochschulen vorzubereiten. Nach den Ansprachen von Vertretern der Bürgerschaft und der Gewerkschaften, in denen ebenfalls die Notwendigkeit eines Anschlusses Oesterreichs ans Reich einstimmig betont wurde, wies namens der deutschen Studentenschaft Deutsch-Oesterreichs der Student Payer darauf hin, daß in dieser Körperschaft der großdeutsche Gedanke bisher allein verwirklicht worden sei. Er fordere die Parteien zu gleicher Einigkeit auf, seine Komilitonen aber zur Bereitschaft, um wenn notwendig, auch mit Einsatz ihrer ganzen Person, für das einige Deutsche Reich einzutreten. Mit dem Gesang der „Wacht am Rhein" schloß die Kundgebung.

Frankreich.

Die Kammer der Deputierten beschloß mit 312 gegen 178 Stimmen, die Debatte über die marokkanische Lage zu verschieben. Die Abstimmung bedeutet einen Vertrauensbeschluß für das Ministerium Painleve.

In der „Handelsbank für Nord-Europa" wurde angekündigt, daß fast alle Aktien derselben, durch zwei russische Banken aufgekauft worden seien. Die Bank, welche ein Kapital von 15,000,000 Franken hat, stand bisher hauptsächlich mit den skandinavischen Ländern in geschäftlicher Verbindung. Während dies fortgesetzt wird, wird sich das Feld der Bank in Zukunft auch auf Rußland ausdehnen.

Saargebiet.

Im ganzen Saargebiet ist jetzt eine Organisation im Werden begriffen, die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintritt und darauf hinarbeitet, deutsches Wesen, deutsche Sprache und deutsche Sitte hochzuhalten, damit, wenn einmal die Stunde der Abstimmung darüber kommt, ob das Saargebiet deutsch bleiben oder zu den Franzosen übergehen will, jeder weiß, wohin er gehört und demgemäß stimmt.

Seit dieser Tage hat der neue Bund, der sich Saardeutscher Volksbund nennt, einen Aufruf an alle Saardeutschen erlassen, der wie folgt lautet:

„Weil wir erkennen, daß uns nicht das Ausland, der Bolschewismus oder die Sozialdemokratie helfen, wenn wir selbst nicht bessere Bürger des großdeutschen Staates geworden sind, wollen wir mit dem Aufbau des neuen Volksstaates bei uns selbst beginnen. Darum bekämpfen wir allen undeutschen Schmutz und Unrat in Bild, Wort, Theater und Kino und kämpfen wieder für gesundes deutsches Volksempfinden. Darum erstreben wir eine durchgreifende Aenderung der sozialen Verhältnisse und verurteilen jede Art von müheloss raffendem Gelderwerb, der nicht durch Arbeit geadelt ist. Wir wollen soziale Hebung des Arbeiterstandes und treten nachdrücklich dafür ein, daß sich Unternehmer und Arbeiter nicht als Feinde, sondern als Freunde betrachten und jeder nicht allein peinlich seine Rechte, sondern auch seine Pflichten beobachtet. Wir wollen die Unterordnung der Wirtschaft unter das Wohl von Volk und Staat, weil wir erkennen, daß nicht der Staat der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft dem Staate dienen muß und wollen an Stelle des wirtschaftlichen und geldlichen Denkens die hohen Werte deutscher Kultur und deutschen Geisteslebens setzen. Wir wollen durch zielbewußte Volkserziehungsarbeit nicht nur die augenblickliche Aenderung und Besserung der Verhältnisse im Saargebiet erreichen, sondern durch unsere Arbeit den Grundstein zu einem neuen und besseren Deutschland legen. Wer sich zu unseren deutschen und überparteilichen Grundsätzen bekennen kann und will, der zögere nicht, sondern trete mit ein in die Kampfreihen des Saarländischen Volksbundes!"

Rußland

Auf die wiederholt aufgeworfene Frage, ob es immer noch deutsche Kriegsgefangene in Sibirien gebe, antwortet der deutsche Konsul in Nowo-Nikolajewsk, der das ganze Sibirien als Amtsbezirk hat, daß er zurzeit über ein beinahe erschöpfendes Adressenmaterial der in Sibirien wohnhaften ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen verfüge und vielfache Erfahrungen gesammelt habe. Es sind, nachdem die Sowjet-Regierung 1920—1922 alle deutschen Kriegsgefangenen abtransportierte, nur einige Hundert deutscher Kriegsgefangener zurückgeblieben, die teils mit russischen Frauen verheiratet und verbunden sind, oder teils, obgleich sie in Deutschland schon verheiratet waren, in Sibirien nochmals heirateten und aus diesem Grunde nicht nach Deutschland zurückkehren wollten. Die wahren Gründe, weshalb sie in Sibirien zurückbleiben, haben die wenigsten Kriegsgefangenen angeben wollen. Infolgedessen haben diese Leute fast überhaupt nicht nach Hause geschrieben. Im Jahre 1924 erklärte die Sowjet Regierung auf Drängen Deutschlands eine nochmalige Evakuation unter weitgehender Mitwirkung der deutschen Vertretungen. Jeder dem deutschen Konsulat der Adresse nach bekannte Kriegsgefangene wurde viermal durch Rundschreiben davon verständigt und verpflichtet, seine in Sibirien wohnhaften, ihm bekannten Kameraden dem Konsulat zu nennen, das zudem den Unbemittelten das Reisegeld bis Nikolajewsk zur Verfügung stellte. Das Konsulat übernahm die Erledigung aller Formalitäten und versah auch die Heimkehrer mit Zehrgeld. Trotzdem meldeten sich nur 21 Personen; fast alle Rundschreiben, denen freigemachte Briefumschläge beilagen, blieben unbeantwortet. Nur sehr wenige Kriegsgefangene und gerade die, die auch mit der Heimat und ihren Angehörigen in Briefwechsel stehen, unterstützen das Konsulat. Die Zahl der jetzt noch in Sibirien befindlichen ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen wird auf insgesamt 180 geschätzt. Von 104 steht fest, daß es tatsächlich Deutsche sind. Der Mehrzahl der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien geht es leidlich gut, soweit diese Landwirte sind, einheirateten oder sich selbst Wirtschaften erwarben. Die in staatlichen Betrieben als Arbeiter und Werkmeister Beschäftigten haben ein knappes Auskommen. Etwa 10% sind selbständige Gewerbetreibende oder Staatsbeamte. Von den 180 Kriegsgefangenen haben bis jetzt 18 erklärt, heimkehren zu wollen, 29 haben sich unbestimmt ausgedrückt, 27 wollen in Sibirien bleiben und 106 entziehen sich jeder Antwort. Kein einziger deutscher Kriegsgefangener wird also in Rußland noch zwangsweise festgehalten.

Nach amtlicher Ankündigung wurde der vormalige Kriegskommissar Leon Trotzky, der in politischer Mißgunst stand, zu einem Mitglied des Präsidiums des obersten Wirtschaftsrates und zum Vorsitzer der allgemeinen Kommission für Konzessionen ernannt.

Bulgarien.

Drei Leiter des Bombenverbrechens in der Kathedrale, wobei 160 Menschen umkamen, wurden gehängt. Die Gerichteten waren Jadgorsky, Kavellan der Kirche, Friedmann und Koff. Die Todesurteile der drei Leute sind die ersten, welche König Boris je unterschrieb. Allen früheren gerichtlichen Todesurteilen versagte der König seine Genehmigung. Die Verurteilten wurden auf einem öffentlichen Platz in Gegenwart von Tausenden hingerichtet. Truppen standen um die Richtstätte, die hinter einem jüdischen Friedhof war. Koff bestieg das Schaffott zuerst, ein Zigeunerhenker legte ihm die Schlinge um den Hals. Der Kastellan folgte, er taumelte mühsam die Stufen hinauf. Friedmann näherte sich dem Henker mit stolz erhobenem Haupt. Er war der letzte, welcher das Gericht betrieg.

Großbritannien.

Ueber 600 Familien sind im Laufe des Frühjahrs über Liverpool und andere Häfen nach Canada ausgewandert. Diese 600 Familien sind ein Teil von 3000 Familien Englands, die nach der Dominion verpflanzt werden sollen.

Bewohner von schmutzigen Stadtteilen Edinburghs und anderer Städte Schottlands haben mehr als einmal gezeigt, daß es ihnen in der Umgebung, in der sie sich befinden, gut gefällt und daß sie nichts an den üblen Einflüssen, unter denen sie leben, auszusetzen haben und daß sie ihre bisherigen Wohnungen Häusern mit modern eingerichteten Wohnräumen vorziehen. In dieser Weise sprach sich Dr. W. Robertson, der Sanitätsbeamte der Stadt Edinburgh, in einer Rede, die er kürzlich in einer Sitzung des Stadtrates hielt, aus. Dr. Robertson sagte, es sei schwer, derartige Leute zu überzeugen, daß die Verhältnisse, unter denen sie leben, nicht als menschenwürdiges Dasein bezeichnet werden können. Wenn die Leute einmal daran gewohnt sind, in Mietskasernen wie Schafe eingepfercht zu leben, so hält es sogar für die Obrigkeit schwer, ihnen das Gefühl beizubringen, daß sie in neuen, mehr sanitären Häusern besser wohnen, als in schmutzigen und ungesunden Löchern.

Die Anbringung von Gedenktafeln für den deutschen Sozialisten Karl Marx an Häusern, in denen er in London gewohnt hat, ist von dem Municipums-Ausschuß des Londoner Stadtrats verboten worden.

Tschechoslowakei.

Ein ganz bezeichnendes Stück leisteten sich die Tschechen jüngst in Olmütz. Die Stadt hat 30 Prozent Volksdeutsche. Diese tschechischen Staatsbürger deutscher Nationalität sprechen meist die tschechische „Weltsprache" nicht. So ist es für sie natürlich schwierig, sich in den tschechischen Amtsräumen, die nur tschechisch beschriftet sind, zurechtzufinden. Aus diesen Gründen wollte der deutsche Bürgermeister, dessen Zimmer sehr abgelegen ist, eine deutsche Aufschrift: „Empfangszeit nur von 11 bis 1/2 12" anbringen lassen. Das wurde aber vom ersten Bürgermeister, einem Tschechen, verboten, denn die Parteien dürften zwar in ihrer Muttersprache verkehren, aber die „innere Amtssprache" sei nur das Tschechische. Nur an einer amtlichen Stelle in Olmütz gibt es auch deutsche amtliche Aufschriften: in der städtischen Sparkasse. Zur Unterstützung tschechischer Institute sind die Deutschen also gut genug, sonst aber sollen sie sich verleugnen lassen.

Rumänien.

Der deutsch-schwäbische Volksrat hat an den Ministerrat in Bukarest eine gründliche und energische Denkschrift über die Vergewaltigung des deutschen Schulwesens im Banat gerichtet. Er erinnert daran, wie die Begründung eines deutschen Staatsgymnasiums in Temesvar und die Schaffung von deutschen Parallelklassen in sonstigen großen Orten des Banats dazu beitrug, das deutsche Bewußtsein der Banater Schwaben zu stärken, sie vom Magyarentum abzulenken, sowie ihnen nahezubringen, was an Freiheiten der Kultur sie dem rumänischen Staate verdankten. Er betont, wie seit 1922 in dieser glücklichen rumänischen Politik ein scharfer Wandel eingetreten sei, wie seit 1924 dieser gewaltsame Rumänisierungskurs immer energischer geleitet werde, wie damit den Schwaben das Wertvollste genommen werde, was sie beim Anschluß an Rumänien begrüßen durften, und wie die meisten heute offen erklärten, der Systemwechsel in der Behandlung der Schulfrage sei überhaupt die einzige Errungenschaft von Bedeutung gewesen! Hatte das Jahr 1919 auch die völlige Freiheit der deutschen Volksschule gebracht, so zerstörte der Gesetzentwurf des Unterrichtsministeriums vom Jahre 1923 alle Hoffnungen und schönen Ansätze. Ebenso setzt in den Kindergärten (!) die sinnlose Rumänisierung mit voller Wucht ein. So lernten diese Kinder mehr deutsch noch rumänisch richtig sprechen, lesen und schreiben. Der deutsch-schwäbische Volksrat bittet den Ministerrat, zu veranlassen, daß in der Volksschule der Unterricht nur in der Muttersprache gegeben werde, daß in den Kindergärten mit deutschen Kindern die Umgangssprache deutsch sei, daß in den deutschen Mittelschulen der frühere Status wiederhergestellt und alle Gegenstände, außer rumänischer Literatur und Sprache, wieder in Deutsch gelehrt würden, und daß in den Prüfungen der Einjährig-Freiwilligen den besonderen Verhältnissen der deutschstämmigen Prüflinge Rechnung getragen werde. Die Erfüllung dieser Forderungen werde wesentlich dazu beitragen, das freundschaftliche Verhältnis zwischen Rumänen und Schwaben zu verbessern.

Marokko.

Seit dem Eintreffen bedeutender Verstärkungen von Truppen der französischen Armee haben die militärischen Führer beschlossen, ein „Generalkommando der nördlichen Front" einzurichten. Dessen Aktionsgebiet soll sein: im Westen bis zum Atlantischen Ozean, im Osten bis zur algerischen Grenze und dem Mittelmeer, im Süden bis an die Straße Kentra-Fez-Taza.

General Daugen ist mit dem Kommando der nördlichen Front, mit den Generalen Billotte und Graf de Chambrun als Unterführer, betraut, jedoch wird Graf de Chambrun auch die Leitung der militärischen Operationen im Gebiet von Fez beibehalten. An der nördlichen Front führt General Calmes, der zweite im Oberkommando, General Naulin das Gebiet von Marrakech.

Abd El Krim legt im Kitzig Abschnitt neue Aktivität an den Tag. Er zieht seine Mauren zusammen und hat offenbar die Absicht, die Verbindungslinien der Franzosen zu Algerien zu bedrohen. Ein neuer Vorstoß des Rifhäuptlings gegen die französischen Linien wird erwartet.

Flugerkundschafter melden auf der Seite des Gegners in verschiedenen Teilen Truppenkonzentrierungen. Wie sie angeben, hat es den Anschein, als ziehe Abd El Krim seine besten Veteranen zusammen, um Stoßtruppen-Abteilungen zu bilden.

Die französischen Truppen, die den von Abd El Krim kommandierten Rifkabylen gegenüberstanden, wurden aus ihren Stellungen nördlich vom Quergha-Fluß zurückgezogen und nahmen Stellung auf der Südseite des Flusses.

Der Plan des französischen Kommandos ist, eine zusammenhängende Front zu bilden, durch welche die Rifkabylen nicht nach Belieben durchschlüpfen könnten.

Durch den Rückzug der Franzosen werden die vorgeschobenen Stellungen in fünf der Blockhäuser, die kürzlich von den Rifkabylen belagert wurden, aufgegeben. Die französischen Militär-Autoritäten behaupten, daß die Rifkabylen diese fünf vorgeschobenen Posten belegen könnten, wenn immer dies ihnen in den Sinn käme, und daß, wenn immer das der Fall sein würde, die Franzosen sich genötigt sehen würden, die Posten zu entsetzen. Aus diesem Grunde sei die Militärbehörde zu dem Schlusse gelangt, daß es besser sei, die Posten aufzugeben, so daß die ganze Mannschaft der Franzosen für allgemeine Operationen verwendbar würde. Die neue Stellung, welche die Franzosen jetzt einnehmen, hat eine kürzere Front als die bisherige Linie und hat außerdem noch den Vorteil, daß die Franzosen in ihrer Stellung hinter dem Quergha gegen Ueberfälle der Rifkabylen gedeckt sind. Zudem beherrscht die französische Artillerie sämtliche Uebergangsstellen über den Fluß.

Nach Berichten sind 147 junge Deutsche, in halbmilitärischen Turnvereinen ausgebildet, über Spanien nach Marokko abgereist, um sich Abd El Krims Streitkräften anzuschließen. Dem Vernehmen nach werden verschiedene davon Offizierstellen erhalten, die andern dienen als Unteroffiziere.

Japan.

Beamte geben die Zahl der Toten durch Erdbeben und Feuer im westlichen Japan mit 318 an. Diese Zahlen können erhöht werden, man hofft jedoch, daß der größte Teil der Opfer bekannt ist. 322 Personen sind schwer und viele leichter verletzt. Wie groß der Sachschaden war, läßt sich daraus ersehen, daß in dem Gebiet von acht Quadratmeilen um Tono Oka nach unvollständigen Berichten 2168 Häuser zerstört wurden.

Der Eigentumsschaden ist verhältnismäßig größer als bei der Verheerung von Tokio durch Erdbeben und Feuer im Jahre 1923. Auslander wurden nicht getötet, verschiedene namhafte Japaner sollen indessen in den Minenschächten heißen Quellen umgekommen sein.

Türkei.

Es ertranken 11 Passagiere und Mitglieder der Besatzung eines kleinen türkischen Küstendampfers, als das Schiff in der Einfahrt zum Bosporus unterging. In der Gegend von Angora richtete ein Sturm an Häusern und Saaten viel Schaden an.

Mexiko.

General Avelino Salas, der Bürgermeister, sowie die Mitglieder des Stadtrates in einer Vorstadt Mexikos wurden auf Weisungen der mexikanischen Regierung verhaftet. Das Departement des Innern gab bekannt, daß die Verhaftungen infolge hochverräterischer Umtriebe erfolgt seien. Es wurde nämlich bekannt, daß die Verhafteten Anschläge gegen das Leben des Präsidenten Calles im Schilde führten. — In einer Vorstadt Mexikos wurden zwei Männer verhaftet und Dokumente mit Beschlag belegt, aus denen hervorgehen soll, daß General Salas eine Revolution gegen Calles zu Gunsten des früheren Finanzministers de la Huerta vorbereite.

Ver. Staaten

Hohe Beamte der Verwaltung erwägen Mittel, um auf die ausländischen Schuldner der Ver. Staaten einen weiteren Druck auszuüben. Die Sekretäre Mellon, Kellogg und Hoover berieten mehrere Stunden über die Schuldeintrage. Sie sind die einzigen drei Mitglieder der amerikanischen Schuldenkommission, welche sich derzeit in Washington aufhalten. Nach amtlicher Angabe wurde zur Beschleunigung der Tilgungsverhandlungen mit Belgien eine direkte Mitteilung an die Brüsseler Regierung gerichtet. Die Note an Belgien, die Ende vorigen Monats abgefeiert wurde, sagt nichts über ein schroffes Vorgehen. Sie enthielt indessen die direkte Anklage, daß noch Meinungen der amerikanischen Regierung Maßnahmen zum Tilgung getroffen und bestimmte Verpflichtungen übernommen werden sollten.

Die jährliche Zahl der Morde, die in den Vereinigten Staaten verübt werden, beträgt über 11,000, und die Zahl der Tötungen ist im Jahre 1924 doppelt so groß gewesen wie im Jahre 1900, wie der „Spectator", ein Versicherungsjournal, bekannt gibt. Veranlassungen, daß die Zahl der Tötungen im Jahre 1923 einen Höhepunkt erreicht hat, haben sich als falsch erwiesen, da die Lage unserer schlimmer wurde. Statistische Zahlen von 28 großen Städten zeigen, daß diese Städte im Jahre 1900 609 Tötungen oder 5.1 auf 100,000 dagegen im Jahre 1924 2219 oder 10.3 auf 100,000 aufweisen. „Jüngste Mordprozesse", so sagt der Artikel, „lassen keinen Zweifel, daß unsere Rechtspflege in solchen Fällen nicht das war, was sie sein sollte."